

Zeitschrift: Mittex : die Fachzeitschrift für textile Garn- und Flächenherstellung im deutschsprachigen Europa

Herausgeber: Schweizerische Vereinigung von Textilfachleuten

Band: 87 (1980)

Heft: 4

Rubrik: Volkswirtschaft

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

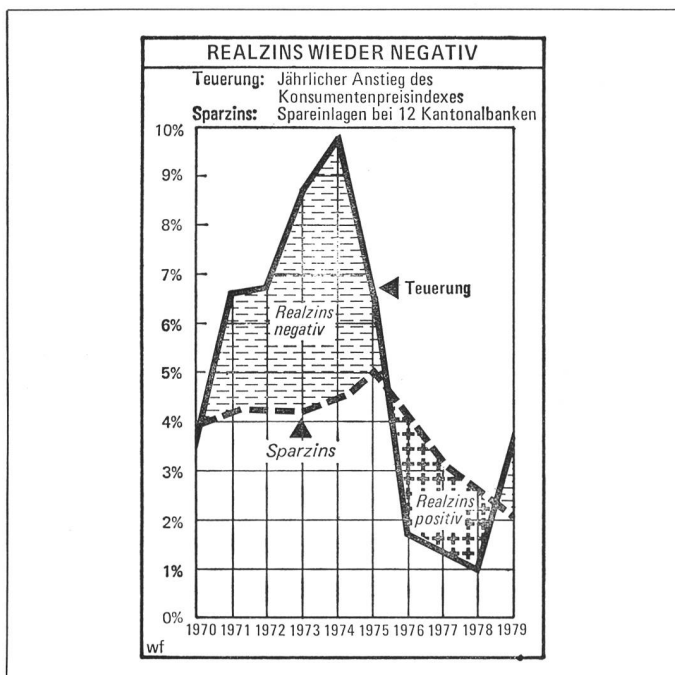
Download PDF: 15.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Volkswirtschaft

Teuerung übertundet Sparzins

Ab 1971 hatte der Sparer während fünf Jahren einen Schwund des realen Werts seiner Einlagen in Kauf zu nehmen, da in dieser Periode die Inflationsrate zum Teil beträchtlich höher ausfiel als der von den Banken gewährte Zins. Das änderte sich erstmals 1976 wieder, da die Teuerung bis dahin praktisch beseitigt werden konnte. Zwar fiel seither auch der nominelle Zinssatz weiter zu-



rück. Da er aber immer noch mehr betrug als der Anstieg des Konsumentenpreisindex, resultierte für den Sparer in den letzten Jahren ein realer Zuwachs seiner Gelder; 1978 machte der Realzins im Durchschnitt 1,6% aus. Für 1979 nun muss erneut ein Abstieg in die «roten Zahlen» registriert werden. So betrug der nominelle Bankzins im letzten Jahr durchschnittlich 2,1%. Die Teuerungsrate jedoch erhöhte sich auf 3,6%, was einer negativen Realverzinsung von 1,5% gleichkommt.

Marktnischenpolitik — Chance für Klein- und Mittelbetriebe

Im Zuge der rasanten technischen Entwicklung — und nicht zuletzt gefördert durch die Rezession — verstummten die Klagelieder der Auguren nie, die ein Massensterben der Klein- und Mittelbetriebe zu prophezeien wussten. Wie sind solche Unkenrufe zu bewerten? Jeder Beobachter der wirtschaftlichen Realitäten konnte in vielen Branchen unseres Landes eine Tendenz zur Konzentration be-

obachten. Dabei drängt sich eine Relativierung insofern auf, als der Trend zu grossen Einheiten auf dem Inlandmarkt durchaus besteht, die schweizerische Industrie jedoch sehr stark exportorientiert arbeiten muss, was heissen will, dass sie — international gesehen — einem überaus harten Wettbewerb ausgesetzt ist.

Marktnischenpolitik hat nun insoweit mit Wettbewerb zu tun, als sie ein Instrument aufzeigt, mit dem sich gerade Klein- und Mittelbetriebe gegenüber den «Grossen» behaupten können. Dabei sei Marktnischenpolitik als unternehmerische Fähigkeit umschrieben, im Markt konkrete Bedarfslücken durch gezielte Massnahmen in Produktion, Marketing und Vertrieb kurzfristig zu schliessen.

Flexibilität als Vorteil

Die Chancen der Klein- und Mittelbetriebe liegen nicht selten eben dort, wo gewisse Schwächen des Grossbetriebes beginnen, nämlich im Individuellen und Flexiblen. Es ist falsch zu glauben, der Markt stelle sich als Ort des Gleichschritts, ja der Uniformität dar. Dies gilt bestenfalls für Massenprodukte, wobei gerade sie es sind, welche die individuellen Wünsche des Marktes oft nur rudimentär zu befriedigen vermögen. Etwas überspitzt formuliert lässt sich sogar die These vertreten, «Vermassung» sei ein fruchtbarer Nährboden für dynamische Kleinbetriebe, da durch sie immer neue Versorgungslücken aufgerissen werden. In diesen «Nischen» liegt die Erfolgsmöglichkeit der insgesamt recht kleinstrukturierten Schweizer Wirtschaft. Ist der Unternehmer wendig, hat er noch eine direkte Beziehung zu seinen Kunden, so stehen ihm die Möglichkeiten einer schnellen Realisierung von Innovationen eher offen als einem Unternehmen, welches auf Jahre hinaus planen muss. Kurzfristige Änderungen haben da oftmals weniger Raum.

Symbiose von Gross und Klein

Die Auffassung, Grossunternehmen und Kleinbetriebe würden sich gegenseitig ausschliessen, ist allerdings zu eng, weil sie die Strukturen der Unternehmungen und die daraus fliessenden Möglichkeiten auf dem Markt unberücksichtigt lässt. Werden diese jedoch in Rechnung gestellt, ergibt sich zwingend die Forderung nach einer Symbiose von Klein-, Mittel- und Grossbetrieb, denn nur sie garantiert eine optimale Versorgung des Gütermarktes und letztlich das Wohl des Konsumenten.

Spricht man von der Macht der «Grossen» und meint damit die Ohnmacht der «Kleinen», ist stets zu bedenken, dass diese Ohnmacht mitunter Unvermögen ausdrückt, das Unvermögen der «Kleinen», ihre Marktchancen zutreffend einzuschätzen und danach zu handeln. Eine grosse und von Tausenden schweizerischer Unternehmen auch wahrgenommene Chance ist die Ausnützung der Marktnischen, die im Markt als dynamischem Gebilde immer zu finden sind.

M. Z.

Über Kosten und Marktpreise

Die Schweiz ist im Grundsatz der Marktwirtschaft verpflichtet. Was bedeutet das für die Preisbildung? Der Preis für ein Gut richtet sich nach Angebot und Nachfrage. Im Normalfall wird ein Produkt um so stärker nachgefragt, je tiefer der Preis ist. Umgekehrt wächst das Angebot mit steigendem Preis. Irgendwo treffen sich die beiden Preis-

Mengenkurven von Käufer und Verkäufer, und der entsprechende Preis ist denn auch langfristig der tatsächlich bezahlte.

Nun gibt es heute wohl kein Land, in dem dieser Vorgang auf sämtlichen Märkten so modellartig abläuft. Beispielsweise kann der Mangel an Informationen verhindern, dass der Marktpreis überall zum Tragen kommt. Auch ein Monopol — es bestehen keine Ausweichmöglichkeiten für den Nachfrager — kann zu einem Preis führen, der nicht dem freien Marktergebnis entspricht. Schliesslich ist es möglich, dass staatliche Politik aus übergeordneten Gründen Marktpreise verhindert, zum Beispiel im Agrarsektor.

Auch die Preisüberwachung — sie ist in anderer Form im Zusammenhang mit der Kartellgesetzrevision erneut in der Diskussion — läuft im Prinzip auf eine Ablehnung des Marktergebnisses hinaus. Es erstaunt nicht nur in diesem Kontext immer wieder, wie eigenartig in breiten Bevölkerungsschichten über die Entstehung des Preises diskutiert wird. Da trifft man nämlich zuhauf auf das Kostenargument. Kommen wir auf die Preisüberwachung zurück. Als es seinerzeit um den «Café crème» ging, entspann sich zwischen dem heutigen Bundesrat Schlumpf und den Wirten ein Disput über die Kosten des Kaffees, des Servicepersonals usw. Man war sich offenbar stillschweigend darüber einig, dass die Kosten die Basis für den «gerechten» Preis seien; folglich reduzierte sich die Auseinandersetzung auf die Entwicklung der verschiedenen Kostenfaktoren. Die gleiche Argumentationsweise findet man auf dem Wohnungsmarkt, wo sich die Diskussionsteilnehmer mehr oder weniger einvernehmlich auf eine fixe Relation zwischen Veränderungen des Hypothekarzinssatzes und der Mietpreise einigten.

Die Anführung des Kostenpreises hat in Tat und Wahrheit jedoch herzlich wenig mit marktwirtschaftlichem Verhalten zu tun. Um es spitz zu formulieren: Den Markt, den man in Ruhe lässt, interessieren die Kosten keinen Deut! Unabhängig davon, wie hoch diese sind, ist der Konsument aufgrund seiner Präferenzen bereit, für ein bestimmtes Gut einen bestimmten Preis zu zahlen. Wer also mit dem Kostenargument Markteingriffe begründet, begünstigt Verzerrungen mit all den sich daraus ergebenden Folgen. Ea.

Wirtschaftspolitik

Internationaler Vergleich der Arbeitskosten der Textilindustrien

Einen neuen internationalen Arbeitskostenvergleich der Textilindustrie hat jetzt der Arbeitgeberkreis Gesamttextil vorgelegt. Die zwischenstaatlichen Lohn- und Preisverhältnisse sind in den letzten Jahren zunehmend von den Schwankungen der Devisenkurse, vornehmlich von der Erhöhung des Aussenwertes der DM gegenüber den meisten Auslandswährungen, bestimmt worden. Augenfälligste Veränderung ist, dass die Lohnkosten je Arbeiterstunde der

deutschen Textilindustrie inzwischen um 40 % über den US-amerikanischen Vergleichswert hinausgehen.

Die führende Position nimmt nach wie vor Schweden ein. Jedoch ist auch hier der Lohnabstand zur Bundesrepublik in den letzten Jahren erheblich kleiner geworden.

In der EG arbeitet die britische Textilindustrie mit den relativ niedrigsten Lohnkosten. Rein währungsbedingt hat sich der britische Abstand (Bundesrepublik=100) im vergangenen Jahr allerdings von 46 auf 57 verkürzt. Nach der Ermittlung der sogenannten Verbrauchergeldparitäten durch das Statistische Bundesamt ist das britische Pfund gegenüber der DM spürbar unterbewertet, so dass der Einkommensunterschied zwischen dem deutschen und dem britischen Textilarbeiter nur 25 % ausmacht. Indessen sind für den Aussenhandel und für die Umrechnung der industriellen Kosten nun einmal die Devisenkurse und nicht die tatsächlichen Kaufkraftparitäten massgebend.

Die Arbeitskosten der Textilindustrien im Ostblock bleiben gegenüber den in den Industrieländern des Westens immer mehr zurück. Der Grund ist einfach der, dass die bescheidenen Lohnerhöhungen dort nicht einmal mit dem Abwertungseffekt der Ostblock-Währungen gegenüber der DM Schritt halten. So waren in den Fünfjahresplänen von 1976 bis 1980 in den osteuropäischen Ländern einschliesslich der Sowjetunion jährliche Lohnerhöhungen der Arbeitnehmer von lediglich zwischen 2,5 und 2,8 % in der Tschechoslowakei und 5,5 % in Rumänien vorgesehen. Bei einem Mittelwert von 3 % sind das in fünf Jahren insgesamt 16 %.

Im Vergleich dazu hat sich seit Ende 1975 der Aussenwert der DM gegenüber den Ostblock-Währungen viel stärker erhöht, zum Beispiel gegenüber der Tschechoslowakei um 28 %, gegenüber Polen um 35 % oder gegenüber Rumänien sogar um 51 %.

Gesamte Lohnkosten je Arbeiterstunde in der Textilindustrie (Juli 1979)

	DM	Messziffer*
Schweden	18,02	114
Niederlande	17,60	111
Belgien	17,04	108
Dänemark	16,20	102
Bundesrepublik Deutschland	15,85	100
Schweiz	15,48	98
Norwegen	15,04	95
Italien	13,48	85
Frankreich	11,71	74
USA	11,30	71
Grossbritannien	9,09	57
Japan	8,83	56
Jugoslawien	3,63	23
Hongkong	2,14	14

Ostblock

DDR	5,61	35
Tschechoslowakei	4,57	29
UdSSR	2,74	17
Ungarn	2,11	13
Bulgarien	1,96	12
Rumänien	1,76	11
Polen	1,56	10

*Bundesrepublik Deutschland = 100